



Nr. 34

12. Oktober 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde

[Öffentlicher Dienst: Länder nicht mehr konkurrenzfähig](#)

Ausstattung der Justiz

[Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates aufrechterhalten](#)

dbb frauen

[Gewaltprävention: Besser agieren als reagieren](#)

dbb jugend

[Nahost-Konflikt: dbb jugend verurteilt Angriffe auf Israel aufs Schärfste](#)

dbb jugend

[Treffen mit Omid Nouripour: dbb jugend beklagt Personalmangel](#)

dbb jugend

[Preisverleihung: Nachwuchskräfte für Abschlussarbeiten ausgezeichnet](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Beamtinnen und Beamte sollen mit Anträgen zur Besoldung noch warten](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Krieg in Israel bedeutet auch Gefahr in Deutschland](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Lehrkräftebildung: DPhV und DHV ziehen an einem Strang](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

[Abstriche bei der Briefzustellung abgelehnt](#)

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

[Kindergrundsicherung: Einführung zum 1. Januar 2025 nicht umsetzbar](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde

Öffentlicher Dienst: Länder nicht mehr konkurrenzfähig

„Wir müssen sicherstellen, dass die Länder als Arbeitgebende konkurrenzfähig bleiben“, begründete Ulrich Silberbach die Einkommensforderung des dbb am 11. Oktober 2023 in Berlin.

10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro lautet die Forderung der Gewerkschaften. Silberbach: „Die Lage und die Forderung ist die gleiche wie im Frühjahr: Die Inflation frisst die Einkommen der Beschäftigten. Das müssen wir jetzt ausgleichen.“ Wenn die Länder ihre Interessen richtig einschätzen, könne man sich sehr schnell einigen, so der dbb Bundesvorsitzende weiter. „Die Länder sind auf dem Arbeitsmarkt oft nicht mehr konkurrenzfähig – nicht zur Privatwirtschaft und auch nicht zu Bund und Kommunen. Je nach Eingruppierung ergeben sich im Vergleich zum Bund demnächst Rückstände von weit über 10 Prozent. Schon mit Blick auf die demografische Lage und den leer gefegten Arbeitsmarkt müssen sie also ein Eigeninteresse haben, den Gleichklang mit Bund und Kommunen wiederherzustellen.“

„Die Kolleginnen und Kollegen im Länderbereich erwarten diesen Gleichklang in der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst auch aus Gründen der Gerechtigkeit und Wertschätzung für ihre Arbeit“, ergänzte der dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer. „Erklären Sie mal einer Krankenpflegerin im Uni-Klinikum, warum sie demnächst für die gleiche Arbeit bis zu 300 Euro weniger bekommt als die Kolleginnen und Kollegen im kommunalen Krankenhaus.“ Auf einen Gleichklang in der Einkommensentwicklung haben auch Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder Anspruch, machte Ulrich Silberbach deutlich: „Wie immer erwarten wir eine umgehende und systemgerechte Übertragung jeder Tarifeinigung auf den Beamtenbereich. Erst dann wird diese Einkommensrunde abgeschlossen sein.“

Bereits vor dem Beschluss der Forderungen hatte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im [Interview mit der Frankfurter Rundschau](#) am 10. Oktober 2023 für mehr Einheitlichkeit bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst geworben: „Wir haben im Frühjahr einen sehr guten Tarifabschluss für Bund und Kommunen hinbekommen, den besten in der Nachkriegszeit. Er war ja etwas kompliziert mit linearer Komponente, Inflationsprämie und Sockelbetrag. Aber die Kolleginnen und Kollegen haben schnell gemerkt: Hoppla, da kommt ja

richtig was rum.“ Dies sei angesichts der Inflation auch dringend nötig gewesen. Dies gelte auch für die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), in der alle Bundesländer außer Hessen vertreten sind. „Wir haben damit schon eine gewisse Blaupause. Wir können uns ja auch nicht selber in die Tasche lügen. Wir fordern immer, dass die drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Kommunen wieder gemeinsam an einem Tisch verhandeln müssen. Es braucht einen Gleichklang auch beim Einkommen. So, wie es im Moment ist, werben die Gebietskörperschaften sich gegenseitig das Personal ab.“

Der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst hänge unter anderem damit zusammen, dass die Bezahlung im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht konkurrenzfähig sei. Auch bei anderen Themen sei der Staatsdienst nicht gut aufgestellt. Silberbach: „Der Öffentliche Dienst hinkt bei der Digitalisierung weit hinterher. Die jungen Leute, die heute kommen, fragen nach Homeoffice, nach mobilem Arbeiten. Die wollen vielleicht auch nicht mehr 40 Stunden arbeiten, nicht mehr fünf Tage pro Woche, das sagen sie ganz klar. Und wenn dann der Arbeitgeber sagt, bei mir gibt es aber nur die Fünf-Tage-Woche, Präsenzpflcht und die Digitalisierung ist bei uns auch noch nicht so weit – dann springen viele Bewerberinnen und Bewerber ab. Positiv punktet der öffentliche Dienst immer noch mit der Möglichkeit, eine wirklich sinnstiftende Tätigkeit fürs Gemeinwohl anzubieten.“

Der dbb Chef warb außerdem einmal mehr für Bürokratieabbau: „Wir haben viel zu komplizierte Regeln und Verfahren. All das, was wir mit Digitalisierung erleichtern könnten, findet im Moment ja noch gar nicht statt. Ich kann bei Behörden einen digitalen Antrag stellen, aber der wird immer noch ausgedruckt und durch die Diensträume getragen. Da ist der Workflow dann noch analog und nicht digital. Das macht uns natürlich Schwierigkeiten, insbesondere weil wir ja sowieso schon viel zu wenig Leute haben. Man könnte das beschleunigen, indem man Regeln und Verfahren entbürokratisiert.“ Mit schlichtem Personalabbau sei dem Anliegen des Bürokratieabbaus aber nicht gedient. „Die FDP und die Union verstehen darunter im-

mer, dass man dann auf ein paar Leute verzichtet. Auf keinen Fall: Uns fehlen deutschlandweit schon jetzt über 360.000 Menschen, da kann man nicht sagen, Digitalisierung ermöglicht Personalabbau. Wir brauchen die Leute gegen die zunehmende Überlastung und für Serviceverbesserungen für Bürgerinnen und Bürger.“

dbb jugend: Übernahmegarantie für Auszubildende muss endlich kommen

Die Entgelte für Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen im öffentlichen Dienst sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden. „Die Bezahlung ist und bleibt eine zentrale Stellschraube, um Fachkräfte zu gewinnen“, sagte Matthäus Fandreyewski, Bundesvorsitzender der dbb jugend, nach der Verkündung der Forderungen. „Das gilt vor allem in Zeiten der Inflation. Nur wer gut bezahlt, bekommt gute Leute. Und die braucht der öffentliche Dienst dringender als je zuvor.“

Für alle, die eine Ausbildung im öffentlichen Dienst erfolgreich abschließen, gibt es aktuell keine Übernahmegarantie. Fandreyewski: „Angesichts des Personalmangels ist es skandalös, dass wir diese Forderung überhaupt noch stellen müssen. Eine Übernahmegarantie ist in finanziell unsicheren Zeiten ein Anreiz für junge Menschen, um sich für den öffentlichen Dienst zu entscheiden. Seit Jahren läuft der Staat mit diesem Ass im Ärmel herum. Es wird Zeit, dass er es endlich ausspielt.“

DBB NRW: Wettbewerbsfähige Gehälter und mehr Anerkennung

Roland Staude, erster Vorsitzender des DBB NRW, sagte zum Forderungsbeschluss: „Zur Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Dienstes bedarf es wettbewerbsfähige Gehälter gegenüber der Privatwirtschaft und den Gebietskörperschaften. Zudem muss der Tarifab-

schluss auch eine Anerkennung gegenüber allen Beschäftigten ausdrücken, die zunehmender Bedrohung und Gewalt ausgesetzt sind. Das betrifft inzwischen ja nicht mehr nur Beschäftigte bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sondern, nach einer kürzlich vorgestellten Studie des dbb, flächendeckend auch Lehrer, Pflegekräfte, Förster, Tierärzte und Angestellte öffentlicher Einrichtungen.“
 dbb sh: Personal darf nie unbezahlbar sein

Nur mit konkurrenzfähigen Einkommensbedingungen kann es gelingen, Personal zu gewinnen und zu binden. „Und das ist mit Blick auf die vielen freien und frei werdenden Stellen unverzichtbar, wenn der Staat und seine meistens bereits überlasteten Beschäftigten nicht weiter in die Knie gehen sollen“, so Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp. Die aus den Reihen der Landesregierung zu vernehmende Argumentation der Unbezahlbarkeit lässt der dbb sh nicht gelten: Unbezahlbar ist vielleicht der Aufgabenumfang, aber das zur Erfüllung beschlossener Aufgaben benötigte Personal darf nie unbezahlbar sein. Sonst wird die Politik ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen, die sich auf den öffentlichen Dienst verlassen, nicht gerecht.

Hintergrund:

Von den Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober, den 2. bis 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember 2023 vereinbart. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter dbb.de/einkommensrunde.

Ausstattung der Justiz

Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates aufrechterhalten

Im Austausch zwischen dem dbb, seinen Justizgewerkschaften und der Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB, gab es viel Gesprächsbedarf.

„Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Demokratie“, machte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach deutlich. „Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass der Rechtsstaat zuver-

lässig funktioniert.“ Allerdings fehle zunehmend das Personal, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. „Um die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates aufrechtzuerhalten, ist eine aufgabengerechte Personalausstattung in allen

Bereichen der Justiz ist erforderlich“, hob der dbb Bundesvorsitzende gemeinsam mit Vertretern der dbb Justizgewerkschaften in einem Gespräch mit der Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB (CDU), am 10. Oktober 2023 hervor.

Silberbach unterstrich, dass der „Pakt für den Rechtsstaat“ auch weiterhin oberste Priorität für eine zukunftsfähige Justiz habe. Diesen gelte es fortzuführen und weiterzuentwickeln: „Eine gut aufgestellte und digitalisierte Justiz ist gerade in Zeiten, die auch durch gesellschaftliche Verunsicherung geprägt sind, unerlässlich.“ Durch die Digitalisierung können viele kleinteilige bürokratische Prozesse automatisiert werden, wodurch die Beschäftigten in der Justiz mehr Zeit für die komplexen Aufgaben haben. Die Digitalisierung und insbesondere die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz erfordere allerdings zusätzliche Anstrengungen. „Dabei muss berücksichtigt werden, dass in der Justiz IT-Fachleute erforderlich sind und die digitale Infrastruktur angepasst werden muss. Zugleich muss aber auch der digitale Zugang der Bürgerinnen und Bürger zur Justiz sichergestellt sein“, erklärte Silberbach.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die Förderung von Nachwuchskräften, um dem Fachkräfteschwund entgegenzuwirken. Silberbach plädierte für eine umfangreiche Strategie zur Nachwuchsgewinnung: „Die Dienstherren müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um junge Menschen für eine Karriere in einem der zahlreichen Justizberufe zu interessieren. Die Durchlässigkeit von Laufbahnen und einfachere Wechselmöglichkeiten in andere Bereiche werden künftig eine zentrale Bedeutung für das Funktionieren des Rechtsstaates haben.“

Silberbach mahnte wiederholt verstärkte Bemühungen im Umgang mit der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an. „Wir erfahren in unserer gewerkschaftlichen Arbeit zunehmend, dass Kolleginnen und Kollegen, die wichtige Aufgaben für das Funktionieren unseres Gemeinwohls übernehmen, regelmäßig Anfeindungen oder Bedrohungen ausgesetzt sind. Das ist ein untragbarer Zustand.“ Die Politik sei in der Pflicht, sich endlich wirklich vor ihre Beschäftigten zu stellen und sie moralisch, materiell und organisatorisch angemessen zu unterstützen.

dbb frauen

Gewaltprävention: Besser agieren als reagieren

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nimmt zu, Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Mobbing kommen immer noch zu häufig vor. Die dbb frauen fordern mehr Prävention.

„Alle Beschäftigten sollen sich an ihrem Arbeitsplatz sicher fühlen und vor Diskriminierung, Übergriffen und Gewalt sicher sein“, fordert Milanie Kreutz, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. „Die Bundesregierung muss mehr für die Präventionsarbeit leisten, getreu dem Motto ‚lieber agieren als reagieren‘. Die Gewalt nimmt zu, es gibt zu wenig Anlaufstellen – welche zudem meist überlastet sind – und auch die Polizei kommt mit der Aufklärung der Fälle kaum hinterher. Prävention ist daher das A und O.“

Jede fünfte Frau hat bereits sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt. „Diese Übergriffe schaden der seelischen Gesundheit der Betroffenen und dem Arbeitsklima“, erklärt Kreutz. „Arbeitgebende müssen sich endlich diesem massiven Problem stellen. Sie müssen für einen gewalt- und diskriminierungsfreien

Umgang werben, Schulungen anbieten, ersichtlich machen, an wen man sich im Ernstfall wenden kann und dieser Stelle auch die notwendigen Kompetenzen geben.“ An den Dienststellen müsse die Kultur des Klein-Rendens einer Kultur der Prävention und Nachverfolgung weichen. „Der öffentliche Dienst muss hier Vorbild sein – für die Privatwirtschaft und andere gesellschaftliche Bereiche“, macht Kreutz deutlich.

Vertreterinnen aus verschiedenen Frauenschutzorganisationen hatten am 11. Oktober 2023 im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefordert, die Vorhaben im Koalitionsvertrag endlich umzusetzen. Milanie Kreutz unterstützt den Appell: „Die Regierung muss zeigen, dass es den Inhalt der Istanbul-Konvention ernst nimmt und eine Regelfinanzierung zeitnah umsetzt. Die Hälfte der Legislaturperiode ist vorbei, jetzt müssen auf Worte Taten folgen.“

dbb jugend

Nahost-Konflikt: dbb jugend verurteilt Angriffe auf Israel aufs Schärfste

Noch vor wenigen Wochen waren junge Gewerkschaftschaffer*innen aus Israel in Deutschland. Nun befindet sich ihr Land im Kriegszustand.

„Die schrecklichen Nachrichten und Bilder, die uns aus Nahost erreichen, erschüttern mich“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend am 9. Oktober 2023 in Berlin. „Wir stehen an der Seite unserer israelischen Partnergewerkschaft und des gesamten israelischen Volkes. Die dbb jugend verurteilt die terroristischen Angriffe der Hamas aufs Schärfste.“

Anfang September war die dbb jugend mit einer Delegation aus Israel in Wismar und Berlin unterwegs. „Es ist ein schlimmer Gedanke, dass die Menschen, mit denen wir uns noch vor wenigen Wochen ausgetauscht, mit denen wir Spaß gehabt und Freundschaften geschlossen haben, nun mit dem Kriegszustand leben müssen“, sagte Fandrejewski. „Wir sind in Gedanken bei ihnen.“

Vergangenes Jahr war der Vorsitzende Teil der deutschen Delegation, die Israel besuchte.

Im Fokus der Reise stand unter anderem die Jugendarbeit. „Wir haben viele Projekte kennengelernt, die zum Ziel haben, die religiösen, politischen und ethnischen Fronten zwischen jungen Menschen in Nahost aufzulösen“, berichtete Fandrejewski. „Wie wichtig diese Projekte sind, zeigt sich dieser Tage so deutlich wie lange nicht. Auch wenn es mit den aktuellen Entwicklungen in weite Ferne gerückt ist: Ich wünsche mir, dass irgendwann der Tag kommt, an dem in Nahost nachhaltiger Frieden herrscht.“

Hintergrund: Seit 2009 pflegen die dbb jugend und ihre Partnerorganisation Histadrut Leumit engen Kontakt. Die jungen Gewerkschafter*innen besuchen sich gegenseitig im jährlichen Wechsel. Lediglich die Corona-Pandemie hatte eine zweijährige Zwangspause der Reisen zwischen Deutschland und Israel verursacht.

dbb jugend

Treffen mit Omid Nouripour: dbb jugend beklagt Personalmangel

Beim Gespräch der dbb jugend mit dem Bundesvorsitzenden der Grünen war neben dem Personalmangel im öffentlichen Dienst auch die Europawahl 2024 ein Thema.

„Die Migration stellt Kommunen und Behörden vor enorme Herausforderungen, einige sind bereits an ihre Grenzen gestoßen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, nach dem Treffen mit Omid Nouripour am 9. Oktober 2023. „Ursache ist nicht nur die hohe Anzahl an Geflüchteten, sondern auch der Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Es fehlt Personal auf allen Ebenen, um die Menschen angemessen aufzunehmen. Das betrifft die Ankunft, Unterbringung und Integration ins Arbeitsleben. Die Kommunen brauchen außer finanzielle vor allem auch personelle Unterstützung. Darin sehe ich eine ganz entscheidende Maßnahme, um verloren gegangenes Vertrauen in den Staat zurückzugewinnen.“

Im Juni 2024 finden die Europawahlen statt. Junge Menschen, die Probleme haben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, sollen mehr

Unterstützung bekommen. „Auch darüber haben wir mit Omid Nouripour gesprochen“, berichtete Fandrejewski. „Deutschland ist im Verhältnis kaum von Jugendarbeitslosigkeit betroffen, trotzdem ist jeder junge Mensch, den wir nicht in den Arbeitsmarkt integrieren, einer zu viel! Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist aus unserer Sicht eine zentrale europäische Aufgabe. Wir unterstützen die europäische Jugendgarantie, müssen aber leider feststellen, dass sie in der Praxis oft nicht eingehalten wird. Sinnvoll wäre es, eine Europäische Jugendarbeitsagentur einzurichten, die jungen Menschen bei Arbeitslosigkeit unbürokratische Hilfe bietet in Hinblick auf Beratung, Vermittlung und Weiterbildung.“

Hintergrund: In Deutschland lag die Jugendarbeitslosigkeit laut Statista unter den 15- bis 24-Jährigen im August 2023 bei 5,7 Prozent. Dies

ist der geringste Wert in der EU. Am höchsten ist die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien (26,8 Prozent), Estland (23,5 Prozent) und Griechenland (22,5 Prozent). Die europäische Jugendgarantie sieht vor, dass Menschen unter 30

Jahren bei Arbeitslosigkeit innerhalb von vier Monaten ein Angebot für eine Arbeitsstelle, ein Praktikum oder eine Fortbildung erhalten.

dbb jugend

Preisverleihung: Nachwuchskräfte für Abschlussarbeiten ausgezeichnet

Die Preise wurden auf der Rektorenkonferenz der Hochschulen des öffentlichen Dienstes vergeben. Ein zentrales Zukunftsthema steht im Fokus der Arbeiten.

Der dbb steht im engen Austausch mit den Hochschulen des öffentlichen Dienstes. Bereits das siebte Jahr in Folge stiftet er die Preise für die besten Abschlussarbeiten, die im Rahmen der Rektorenkonferenz vergeben werden. „Sie sind die Zukunft des öffentlichen Dienstes“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 11. Oktober 2023 auf der Preisverleihung in Halberstadt an der Hochschule Harz. „Sie sind der Nachwuchs, von dem so oft gesprochen wird. Der Nachwuchs, der so gefragt ist. Der für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes so entscheidend ist. Deshalb ist es mir ein besonderes Anliegen, Sie für Ihre herausragenden Leistungen zu würdigen. Sie haben es mehr als verdient!“

Die Preisträgerinnen und Preisträger in diesem Jahr sind:

1. Platz: Lucy Rieken mit der Abschlussarbeit „Rationalitätssicherung im Prozessmanagement der öffentlichen Verwaltung. Das Beispiel SGB II“
2. Platz: Johannes Böhm mit der Abschlussarbeit „Gefängnisbibliotheken in Bayern. Auswertung einer Umfrage zur Bibliotheksarbeit im bayerischen Justizvollzug aus dem Jahr 2021“
3. Platz: Oliver Amelang mit der Abschlussarbeit „Corporate Influencer im Einsatz Eignung

moderner Instrumente der Abonnentenbindung für die Nachwuchsgewinnung der hessischen Polizei“

In den kommenden zehn Jahren werden über 1,3 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand gehen. „Die Frage nach dem Nachwuchs bleibt in vielen Bereichen offen“, mahnte Fandrejewski. „Die Menschen bekommen den Personalmangel immer mehr zu spüren. Lange Wartezeiten für einen Kitaplatz, Genehmigungen, einen Termin beim Bürgeramt oder andere behördliche Leistungen sind nicht nur nervig, sie lassen auch das Vertrauen in den Staat mehr und mehr sinken. Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst spielen als Fachkräfteschmiede eine Schlüsselrolle für die Trendumkehr, ihre Arbeit ist von enormer Bedeutung. Für den öffentlichen Dienst und damit für die Gesellschaft insgesamt.“

Hintergrund: In den vergangenen vier Jahren ist die Zahl der Studierenden an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst um 30 Prozent gestiegen. Aktuell gibt es mehr als 70.000 Studierende, mehr als 1.000 Professorinnen und Professoren, die in 170 Studiengängen Wissen vermitteln.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Beamtinnen und Beamte sollen mit Anträgen zur Besoldung noch warten

Der dbb schleswig-holstein hat sich zur Frage positioniert, ob Beamtinnen und Beamte bereits jetzt Anträge stellen sollten, um Ansprüche auf eine verfassungskonforme Besoldung und Versorgung für das Jahr 2023 abzusichern.

Der dbb Landesbund erklärt dazu am 7. Oktober 2023: „Das ist zwar möglich, aus guten

Gründen empfehlen wir aber, noch bis Anfang November zu warten. Dann kann nämlich die

von der Landesregierung zu diesem Zeitpunkt angekündigte ergänzende schriftliche Erklärung an die Beamtinnen und Beamten bei der Antragstellung berücksichtigt werden.“

Entsprechende Muster würden vom dbb sh direkt Anfang November über seine Fachgewerkschaften bereitgestellt. „Dabei werden wir auch Bezug nehmen auf die vom dbb sh bereits im letzten Jahr initiierte Verfassungsbeschwerde. Die Besoldung ist aus Sicht des dbb sh nämlich nicht nur infolge der in diesem Jahr aufgestockten Sozialleistungen verfassungswidrig. Auch die im letzten Jahr eingeführte erhebliche Ausweitung familienbezogener Besoldungsbestandteile und deren teilweiser Abhängigkeit vom Einkommen der Partner/-in ist im höchsten Maße bedenklich. Viele Beamtinnen und Beamte, die von Kürzungen zum Beispiel des Weihnachtsgeldes betroffen sind, profitieren von der neuen Rechtslage gar nicht oder unzureichend. Auch das sollte so nicht akzeptiert werden.“

Eine Absicherung von Ansprüchen sei immer dann noch im laufenden Haushaltsjahr erforderlich, wenn sie über bestehende gesetzliche Ansprüche hinausgehe. Der dbb sh dazu: „Das ist der Fall, soweit Ansprüche, die sich aus der in der Verfassung verankerten amtsangemessenen Alimentation ergeben, nicht im geltenden Besoldungsrecht abgebildet werden. Genauso sieht es in Schleswig-Holstein aus, zumal Besoldungsanpassungen erst im Jahr 2024 vorgesehen sind. Für die Antragstellung ist noch genügend Zeit, sie muss bis Ende 2023 erfolgen. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass für die Antragstellungen kein gewerkschaftlicher Rechtsschutz oder die anderweitige Einbeziehung von Anwälten erforderlich ist. Es geht zunächst nur um die Absicherung von grundsätzlichen Ansprüchen. Um Korrekturen des Besoldungsrechts zu erzwingen, haben wir bereits Fälle ausgewählt, die beim Bundesverfassungsgericht beziehungsweise beim Verwaltungsgericht anhängig sind. Über die weitere Entwicklung halten wir Sie auf dem Laufenden.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Krieg in Israel bedeutet auch Gefahr in Deutschland

„Die Bilder aus Israel sind schockierend und entsetzlich und alarmieren natürlich auch die Sicherheitsbehörden in Deutschland und Europa“, so der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 8. Oktober 2023.

Die Solidarität mit Israel und den von islamistischen Terroristen gequälten Menschen sei in Deutschland unumstößlich und seit Jahrzehnten gefestigt. Die Polizeikräfte würden alles in ihrer Macht Stehende tun, um jüdische Einrichtungen und die Menschen jüdischen Glaubens zu schützen, so Wendt weiter.

Allerdings bereite die große Unterstützerszene der Terroristen massive Sorgen, erklärte der DPoIG Chef: „Wir brauchen auch in Deutschland eine andere Politik im Umgang mit extremen radikal-islamistischen Personen und Organisationen, die immer wieder mit israelfeindlichen und antisemitischen Parolen und Demonstrationen auffallen und offen ihren Hass

zeigen. Möglicherweise muss das Vereinsrecht geändert werden, um die konspirative Arbeit angeblich kultureller Vereine besser beobachten und notfalls mit Verboten und Auflösungen rasch eingreifen zu können.“

Mehr als 500 gewaltbereite radikalislamistische Gefährder in Deutschland seien ein riesiges Terrorpotential, alle Sicherheitsbehörden sind alarmiert. Auch an dieser Stelle müsse die deutsche Politik sich fragen lassen, wie auf diese Szene dauerhaft reagiert werden soll. Wendt: „Die Menschen in Israel wissen, dass wir in Gedanken bei ihnen sind und ihren Kampf gegen die Terroristen der Hamas unterstützen.“

Deutscher Philologenverband (DPhV) Lehrkräftebildung: DPhV und DHV ziehen an einem Strang

Der DPhV und der Deutsche Hochschulverband (DHV) wollen in Zukunft enger kooperieren. Beide wiesen auf zahlreiche Interessenüberschneidungen hin. Dazu gehöre vor allem der Wille, sich auf politischer Ebene gemeinsam für die Qualitätssicherung des Abiturs und der Lehrerbildung in Deutschland einzusetzen.

Damit die Aussagefähigkeit des Abiturs weiter gesteigert wird, erwartet der DPhV, dass die Kultusministerkonferenz das unterschiedliche Anspruchsniveau der gymnasialen Oberstufen an den verschiedenen zum Abitur führenden Schularten neu kritisch in den Blick nehme. „Es kann nicht länger sein, dass an den anderen zum Abitur führenden Schularten außer dem Gymnasium in den zwei Jahren gymnasialer Oberstufe für geringere Anforderungen bessere Noten vergeben werden. Zudem lehnen wir Regelungen der Kultusministerkonferenz ab, die ausschließlich der Notenhebung dienen“, führte Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des DPhV aus.

Dazu gehöre die Regelung, dass alle Abiturienten 20 Prozent ihrer schlechtesten Kursnoten aus der Abiturwertung herausnehmen. „Diese Regelung gehört einfach gestrichen, damit die Note und die dahinterstehende Leistung im richtigen Verhältnis stehen“, fordert Lin-Klitzing.

Dem entspricht die Einschätzung des DHV-Präsidenten Prof. Dr. Dr. h.c. Lambert T. Koch: „Das Schüren falscher Hoffnungen und Erwartungen aufgrund hoher Abschlussnoten führt letztlich zu Frustration und Enttäuschung aller Beteiligten. Über alle Bildungseinrichtungen

hinweg – von den Schulen bis zu den Hochschulen – muss wieder eine Notensprache gefunden werden, die unter Ausschöpfung des Bewertungsspektrums die tatsächliche Leistungsfähigkeit angemessen widerspiegelt.“

Wer das Abitur stärken will, darf darüber hinaus nach übereinstimmender Einschätzung von DPhV und DHV keine Qualitätseinbußen bei der Lehrkräftebildung hinnehmen. Auch für Quer- und Seiteneinsteiger ins Lehramt blieben eine anspruchsvolle, fachwissenschaftliche wie fachdidaktische und pädagogische Nachqualifikation an lehrerbildenden Universitäten und Hochschulen auf Basis eines Masterabschlusses oder Staatsexamens unverzichtbar.

„Den Universitäten fehlen auf Dauer die Kapazitäten, um zu Beginn des Studiums in der nachholenden Stoffvermittlung Bildungsaufgaben der Schulen mit zu übernehmen“, so Professor Koch. Lin-Klitzing und Koch warben schließlich dafür, dass bei diesen Fragen neben den Schul- und Lehrerverbänden auch Vertreterinnen und Vertreter der Universitäten und Wissenschaftlerverbände enger in die Arbeit der Kultusministerkonferenz einbezogen werden müssten.

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) Abstriche bei der Briefzustellung abgelehnt

Die Fachgewerkschaft DPVKOM lehnt die Pläne der Deutschen Post, unterschiedliche Brieflaufzeiten einführen zu wollen, rigoros ab.

„Aus unserer Sicht darf es keine Abstriche bei der Briefzustellung geben. Der Vorstoß des Unternehmens stellt ein Ablenkungsmanöver dar, mit dem das eigentliche Problem verschleiert werden soll. Und dieses lautet: Die Deutsche Post hat zu wenig Personal in der Zustellung. Es fehlen immer noch mehrere Tausend Beschäftigte. Schlimmer noch: Derzeit verlassen tagtäglich Menschen das Unternehmen, weil sie unter den Arbeitsbedingungen nicht mehr arbeiten können und auch

nicht mehr wollen“, so die DPVKOM Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus am 9. Oktober 2023. An dieser Tatsache würden unterschiedliche Brieflaufzeiten erst einmal gar nichts ändern, denn die Arbeitsmenge bleibe gleich. Dahlhaus: „Das Ziel des Unternehmens ist klar: Es möchte die Briefzustellung noch weiter flexibilisieren, die Briefsendungsmengen noch besser steuern und die Verbundzustellung ausweiten. Aus unserer Sicht führt das zu einer weiteren Arbeitsverdichtung.“

Bislang sieht die Post-Universaldienstleistungsverordnung vor, dass im Jahresdurchschnitt mindestens 80 Prozent der Briefsendungen in Deutschland am folgenden Werktag ausgeliefert werden. 95 Prozent der Briefsendungen müssen nach zwei Werktagen ankommen. Nach den Vorstellungen der Deutschen Post soll es zukünftig einen sogenannten „Prior-Brief“ geben, der am Tag nach dem Einwurf beim Empfänger ist – gegen höheres Entgelt. Der bisherige Standardbrief soll nun erst nach drei Tagen ankommen. Auch hierfür soll ein höheres Porto verlangt werden. Eine Aufweichung der gesetzlichen Standards beziehungsweise Verteuerung des Serviceangebots für Kundinnen und Kunden macht die Nutzung der postalischen Infrastruktur unattraktiver, fürchtet die DPVKOM. Wenn sich daraus ergebend der Briefsendungsmengenrückgang beschleunigt, führe dies in Konsequenz zu einem Arbeitsplatzabbau. Das gelte es zu verhindern.

Demgegenüber begrüßt die DPVKOM, dass die Deutsche Post an der Sechs-Tage-Zustel-

lung festhalten will. Dafür hat sich die Fachgewerkschaft im Zusammenhang mit der geplanten Neuregelung des Postgesetzes eingesetzt.

Die Novellierung sieht unter anderem vor, den Wettbewerb im Briefmarkt zu intensivieren. Diesem Vorhaben erteilt die DPVKOM eine klare Absage. So werde ein verstärkter Wettbewerb im tendenziell schrumpfenden Briefmarkt nicht zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen. Im Gegenteil. Ein verschärfter Konkurrenzkampf führe zu einer Absenkung der Tarifstandards und damit zu einer fortschreitenden Entwertung der Arbeit. „Das darf nicht sein! Was wir brauchen, sind nicht nur eine Lizenzpflicht für die Briefbeförderung und für die Kurier-, Express- und Paketbranche mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, sondern auch signifikante Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und beim Arbeitsschutz. Dazu zählt beispielsweise auch eine Begrenzung des Paketgewichts auf 20 Kilogramm bei der Ein-Mann-Zustellung“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende.

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Kindergrundsicherung: Einführung zum 1. Januar 2025 nicht umsetzbar

Die vbba begrüßt die Ziele, die mit der Kindergrundsicherung verfolgt werden. Jedoch lasse der Kabinettsentwurf wichtige fachlich-organisatorische und rechtliche Fragen offen. Zudem sei von einem deutlich erhöhten Aufwand für den Familienservice und die Jobcenter auszugehen.

So würde im Gesetzesentwurf beispielsweise die Möglichkeiten zum Datenabruf bei den Jugendämtern als Unterhaltsvorschussstellen sowie zum umgekehrten Datenabruf von der BA und den Jobcentern fehlen. In Fällen, in denen ein durch die Kindergrundsicherung nicht gedeckter oder nicht rechtzeitig gedeckter Bedarf entsteht, müssten die Jobcenter diesen Bedarf ermitteln und decken. An einem Fall zur Absicherung des Grundbedarfs würden in bestimmten Konstellationen also zwei unterschiedliche Behörden nach unterschiedlichen Rechtsgrundlagen arbeiten. Daraus folge nicht nur ein erhöhter administrativer Aufwand, sondern in bestimmten Fällen auch eine spätere verbindliche Bescheiderteilung für die Bürgergeld beziehende Bedarfsgemeinschaft, hieß es von der vbba am 6. Oktober 2023.

Die Einführung einer faktisch bedingungslosen Kindergrundsicherung stehe im Widerspruch zu den möglichen Leistungsminderungen gemäß SGB II (Bürgergeld). In der Konsequenz würde man vergleichbare Fälle in einer wesentlichen Hinsicht ungleich behandeln; dies könnte einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes darstellen.

Der vbba Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski sieht die Familienkassen grundsätzlich gut aufgestellt, um die Leistungen perspektivisch an die Familien zu bringen: „Da ist in den letzten Jahren viel Kompetenz aufgebaut worden.“ Aber personell, räumlich und IT-

technisch müsse deutlich zugelegt werden. Zumal eine möglichst hohe Inanspruchnahme angestrebt werde.

Angesichts der laufenden politischen Debatte weist Waldemar Dombrowski auf ein erhebliches Risiko der Umsetzung hin: „Die Kolleginnen und Kollegen in der BA haben gerade in schwierigen Krisenzeiten ihre Leistungsfähigkeit bewiesen, zuletzt beispielsweise bei der Gewährung des Kurzarbeitergeldes während der Pandemie. Aber nach internen Rückmeldungen von Expertinnen und Experten gilt es

klarzustellen, dass die notwendigen, komplexen IT-Entwicklungen bis zum 1. Januar 2025 nicht mehr realisiert werden können. Zumal eine verbindliche und klare Version bis dato nicht vorliegt“. Im Zuge einer seriösen Gewaltenteilung müsse der Gesetzgeber die Umsetzungscomplexität und die notwendige Realisierungszeit berücksichtigen. „Hier gilt es sich ehrlich zu machen, ansonsten wird es ein schlechtes Gesetz. Das liegt weder im Interesse der Familien noch im Interesse der verantwortlichen Beschäftigten“, ergänzte Dombrowski.

Namen und Nachrichten

Der **NBB** hat am 9. Oktober 2023 den folgenden Hinweis veröffentlicht: „Viele von Ihnen werden den Hinweis auf der Besoldungs- bzw. Versorgungsabrechnung gelesen haben. Die Dauerwirkung von in der Vergangenheit eingelegten Widersprüchen entfällt von nun an. Dies bedeutet, dass wir dringend empfehlen, alle Widersprüche, die für Sie von Relevanz sind, in diesem sowie in allen Folgejahren jährlich erneut einzulegen. Dies gilt insbesondere für die Widersprüche im Hinblick auf die amtsan-gemessene Alimentation. Die einzelnen Themen inkl. Muster erhalten Sie bei Ihrer jeweiligen Fachgewerkschaft. Wir empfehlen dringend vor Jahresende tätig zu werden, um mögliche eigene Rechte zu wahren. Bei weitergehenden Fragen dazu wenden Sie sich bitte gerne jederzeit an die jeweilige Geschäftsstelle Ihrer Fachgewerkschaft.“

Der Bundesvorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft** (DPoIG), Rainer Wendt, ist neuer Präsident der Europäischen Polizei Union (EPU). Seit April war er bereits durch den Vorstand der EPU kommissarisch eingesetzt gewesen. Auf der Generalversammlung der EPU am 10. Oktober 2023 haben die Delegierten aus 13 Mitgliedsländern einen komplett

neuen Vorstand gewählt. Rainer Wendt steht als Präsident an der Spitze des Vorstandes. Nach seiner Wahl skizzierte der neue Vorsitzende die wichtigsten Herausforderungen für die kommenden vier Jahre: „Die Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, hängen entscheidend von den sozialen Verhältnissen der Beschäftigten und den Arbeitsbedingungen ab, unter denen sie arbeiten müssen. Die Unterschiede in Europa sind immens, viele Kolleginnen und Kollegen berichten von unhaltbaren Verhältnissen, unter denen sie arbeiten müssen. Wir werden diese sozialen Fragen auf die europäische Agenda setzen, denn da gehören sie hin. Wenn die EU ein Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts sein will, müssen ihre Mitgliedsländer auch in ihren öffentlichen Dienst investieren.“ Die Europäische Polizei Union organisiert europaweit rund 800.000 Polizeibeschäftigte aus 14 unterschiedlichen Ländern. Ihr Sitz ist Wien. Sie versteht sich als Netzwerk und gemeinsame Stimme der Polizeibeschäftigten und hat vor allem die Arbeitsbedingungen der Polizistinnen und Polizisten im Blick.

Termine:

16.- 17. Oktober 2023

3. Bundesseniorenkongress

Weitere Informationen unter dbb-senioren.de.

18. Oktober 2023

32. Europäischer Abend:

„Die große Transformation: Europäische Gesellschaft(en) im Umbruch“

Weitere Informationen und Anmeldung unter europa-union.de.

19. Oktober 2023

Ideencampus 2023 der dbb jugend

Weitere Informationen unter dbb-jugend.de.

26. Oktober 2023, Berlin

1. Verhandlungsrunde TV-L

2. bis 3 November 2023, Potsdam

2. Verhandlungsrunde TV-L

7. bis 9. November 2023, Potsdam

3. Verhandlungsrunde TV-L
